

Gastkommentar

Von Marco Morosini

Die Politik Europas war 2018 geprägt von der Bildung der ersten populistischen Regierung auf dem Kontinent. Was wird uns 2019 wohl bringen? Die Koalition der Lega mit der Fünf-Sterne-Bewegung ist eine Weltpremiere. Dadurch wurde Italien noch einmal ein Experimentierfeld für politische Phänomene, die in anderen Ländern imitiert werden könnten – wie dies mehrmals in der Geschichte geschehen ist. Schon einmal erachtete man eine verhängnisvolle italienische Erfindung, den Faschismus, zunächst als Farce. Bald erwies sie sich jedoch als tragisch für ganz Europa. Ein kurzer Blick auf dieses aktuelle populistische Abenteuer diene uns als Warnung für 2019.

Seit Jahrhunderten Heimat der Liebe und Schönheit, wird Italien zunehmend zur Heimat des Hasses. Ein Klima von unsäglichlicher Anfeindung verbreitet sich im Land. Maßgebende Regierungsvertreter appellieren buchstäblich an die „bestialischen“ Instinkte ihrer Wählerschaft. Als Beispiel diene „Befreie das Biest in dir“ – eine vom italienischen Innenminister, stellvertretenden Premier und Lega-Chef Matteo Salvini verbreitete Hetze. Dies ist ein erschreckender Aufruf seitens des Verantwortlichen für Sicherheit und Ordnung. Diese brandstiftende Aufforderung steht gerade in der Kopfzeile von „Il Populista“, dem von Salvini gegründeten Zentralorgan der Lega sowie in der Kopfzeile seiner Facebook-Seite. Das zu befreiende Biest – quasi ein Logo – ist abgebildet in Form einer bedrohlichen Wolfsschnauze mit gelben Augen und dem Untertitel: „Frech, instinktgeladen, außer Kontrolle.“

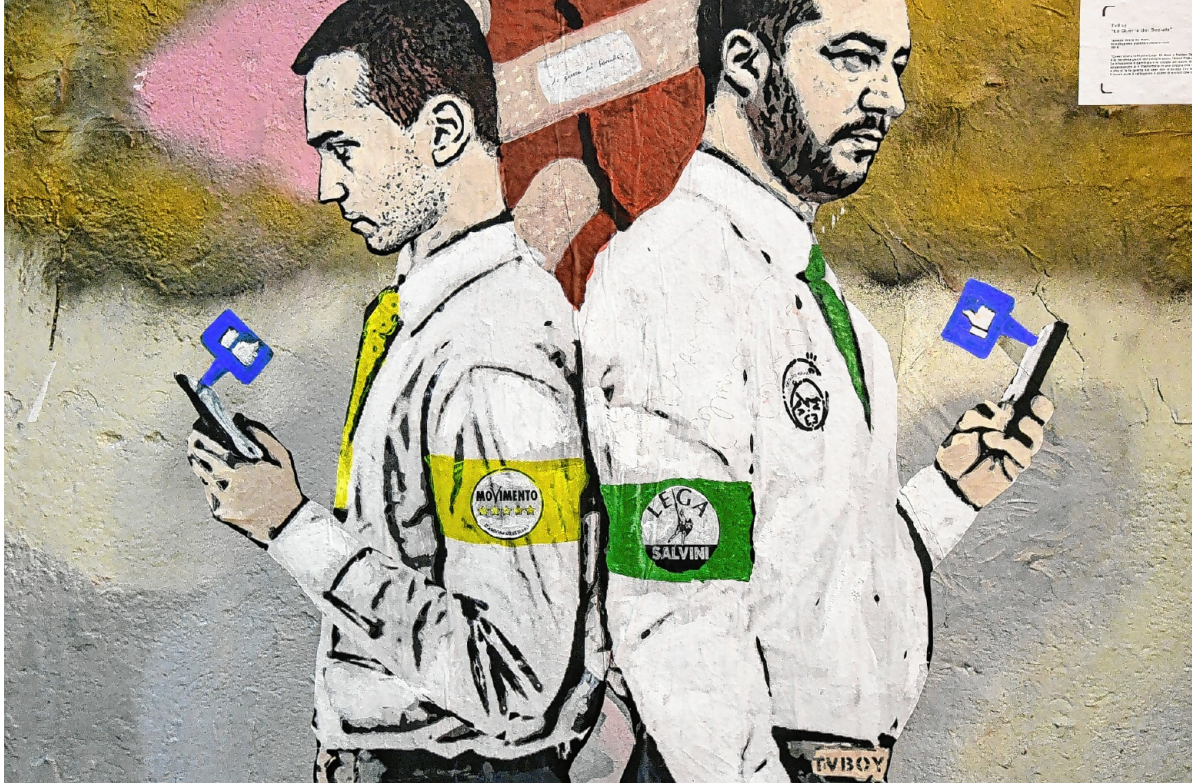
Ähnlich greift der Lega-Abgeordnete Giuseppe Bellachioma die Untersuchungsrichter von Salvini an: „Hände weg vom Capitano (Salvini, Anm.), sonst warten wir auf dich vor deiner Haustüre. Pass auf!“ Und auch die Aussage des zweiten stellvertretenden Ministerpräsidenten Luigi Di Maio (Fünf-Sterne-Bewegung) ist erschreckend: „Der Vater des Jobs Act ist ein politischer Mörder.“ Mit dieser Prahlerei scheint Di Maio die Rachsucht der Bevölkerung gegen Ex-Premier Matteo Renzi von der Demokratischen Partei, den Autor der „Jobs Act“ genannten italienischen Arbeitsmarktreform, zu nähren. Als „politische Kriminelle“ bezeichneten in Italien denn auch die Roten Brigaden ihre Opfer.

Zunehmend gewalttätiger Rassismus

Wer glaubt, dass Hunde, die belien, nicht beißen, irrt sich. Der Journalist Luigi Mastrodonato erstellte und aktualisiert laufend eine interaktive Karte der rassistischen Übergriffe seit 1. Juni 2018, dem Amtsantritt der Regierung aus Lega und Fünf-Sterne-Bewegung. Man findet dort die Tatorte und entsprechenden Berichte zu den einzelnen Gewaltausbrüchen: Bis 22. Jänner 2019 gab es 105 gewaltsame Überfälle, zwei davon tödlich. Fast jeden zweiten Tag wurden eine oder mehrere Personen, oft dunkelhäutiger und außereuropäischer Herkunft, attackiert: mit Faustschlägen, Eisenstangen, Waffen, manchmal sogar begleitet vom Ausruf „Salvini, Salvini“ wie am 11. Juni 2018 in Caserta (Campania). Am 3. Februar 2018 verletzte der vormalige Lega-Kandidat Luca Traini in Mace-

Luigi Di Maio und Matteo Salvini auf einem Graffiti mit dem Titel „Der Krieg der Sozialen Medien.“

Foto: afp/Miguel Medina



Die Wölfe kommen näher

Der Hass an der Macht in Italien könnte ganz Europa anstecken.

rata (Marche) mehrere schwarze Immigranten mit Revolverschüssen. Die Situation in Italien ist so gravierend, dass die UNO eine Untersuchung zu den zunehmenden rassistischen Übergriffen in die Wege geleitet.

Steve Bannon und Europas Rechtspopulisten

Die populistische Koalition in Italien ist „ein Experiment, das, wenn es funktioniert, die Weltpolitik verändern wird“, sagte Steve Bannon, der ehemalige Strategie von US-Präsident Donald Trump. Deshalb kam er mehrmals nach Italien und traf Salvini und die Vertreter der Fünf-Sterne-Bewegung. So wie er dazu beigetragen hat, Trump ins Weiße Haus zu bringen, will Bannon nun Rechtspopulisten dabei helfen, die Europäische Union zu erobern. Zu diesem Zweck gründete er die Organisation The Movement mit Sitz in Brüssel. Nun versucht Bannon,

Vor allem die jungen Italiener verschließen sich vor ihrer Geschichte und verkennen Europas gemeinsame Werte.

in Italien in einem ehemaligen Kloster in Trisulti ein politisches Trainingszentrum zu eröffnen – eine Art Akademie für europäische Populisten. „Dies ist ein Moment in der Geschichte, über den 100 Jahre lang gesprochen werden wird“, erklärte Bannon.

Er hat Recht. Politische Reaktionen auf Migration können nur aus einer historischen Perspektive verstanden werden. Europa kann den derzeitigen Zustrom von Migranten weder aufhalten noch aufnehmen. Die Vorstellung, diese Migration zu unterbinden, käme jener gleich, die Flut nach der Ebbe zu verbieten. Zurzeit gibt es 1,2 Milliarden Afrikaner, im Jahr 2050 werden es 2,5 Milliarden sein, während Europa bei rund 500 Millionen Einwohnern

bleiben wird. Wie bei kommunizierenden Röhren scheint eine Bevölkerungverschiebung von Afrika nach Europa wohl unvermeidlich.

Diese Tatsache erfordert auf beiden Kontinenten Maßnahmen zur Vermeidung von Konflikten und vor allem zum Anstoß für Wohlstand. Vergessen wir nicht, dass die heutigen Migranten nicht zu den Ärmsten in ihrer Heimat gehören – es sind vielmehr Junge mit Unternehmergeist, auch was die Geldbeschaffung für ihre Odyssee nach Europa betrifft. Und mit dem Anstieg des Volkseinkommens in Afrika dürfte auch deren Zahl noch zunehmen. Dieser Sachverhalt ist besonders tragisch, denn der Kontinent verliert so den potenziell dynamischsten Teil seiner Jugend.

Vom Staatsbürger zum Konsumenten

Wir wissen es. Zu den Ursachen der Migration aus Afrika zählen das koloniale und das neokoloniale Erbe, Korruption, schlechte Regierungsführung, Diktaturen, kriegerische Konflikte und der Klimawandel. Doch ein neues Phänomen – mit Auswirkungen auf die Emigration in Afrika als auch auf die Erosion der staatsbürgerlichen Werte in Europa – wird gerne unterschätzt: die Konsumgesellschaft im Zeitalter des Internets. Dank dem Internet bewundern Millionen von Afrikanern Europa als Füllhorn des Reichtums. Die Welt der Werbung zeigt ihnen ständig euphorische Menschen, umgeben von mannigfaltigen Konsumgütern – ein Längengewebe fernab der Realität.

Diese Inszenierung verführt nicht nur die Afrikaner, sie unterhöhlt auch die Hierarchie der Werte in Europa – insbesondere bei der Jugend. Die Medien bezeichnen uns meistens als „Konsumenten“, viel seltener als „Bürger“. Vielleicht haben sie recht, leider. Die Werbung, schon jetzt allgegenwärtig, durchdringt unser Leben immer mehr. Vor allem die jungen Italiener verschließen sich vor ihrer Geschichte und verkennen Europas gemeinsame Werte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlich-

keit, Demokratie, Respekt, Toleranz. Ihre Vorliebe gilt vielmehr der Welt der Dinge und der Marken statt staatsbürgerlicher Werte oder menschlicher Beziehungen. Das verleiht ihnen Identität. Mit den Worten des kürzlich verstorbenen großen Filmemachers Bernardo Bertolucci: „Die einzigen noch erhaltenen Werte des Westens sind Kauf und Verkauf.“

Zwischen dem Aufstieg der Rechtspopulisten in den 1920er und 1930er Jahren und jenem in der Gegenwart besteht jedoch ein großer Unterschied. Die damalige Machtergreifung der totalitären Parteien erklärt sich mit der Wut der Armen auf die Reichen. Heute ist es eher umgekehrt. Der Nährboden für die Rage der Rechtsextremen ist das Unbehagen der relativ Reichen (global gesehen, auch der Europäer) gegenüber migrierenden Armen. Völker, deren Armut wir mitverschuldet haben, versuchen nun Europa mit allen Mitteln zu erreichen. Es ist die Feindseligkeit der Verbraucher gegenüber den „Verbrauchten“ – die Befürchtung, dass andere, Ärmere, ihren Teil des Kuchens einklagen.

Dieses Beharren auf einer perversen Idee von Freiheit (alles zu haben, sofort, für immer) läuft dem Gedanken von Gleichheit und Brüderlichkeit zuwider. Als Mitursache der zunehmenden Immigrationskrise zählt der Glanz der Konsumgesellschaft mehr als vermutet. Viele sehen dies nicht. So, wie die Fische das Wasser nicht wahrnehmen, in dem sie schwimmen. Das ist eine verhängnisvolle Verblendung. Umnebelt vom duftenden Konsumbegehren entgeht uns der herbe Geruch der sich nähernden Wölfe. ■

Zum Autor



Marco Morosini

hat mit Beppe Grillo die Fünf-Sterne-Bewegung mitbegründet. Heute

forscht er zum Thema Nachhaltigkeit an der ETH Zürich. Foto: privat

Zum Gastkommentar von Claus J. Raidl, 19. Jänner

Sinnvolle Reformen brauchen ihre Zeit

Seit die neue Regierung im Amt ist, kommen aus allen Ecken Vorschläge und Anträge und Ideen. Merkwürdig, vieles von dem hätten die Vorgänger schon lange erledigen können. Besonders am Schulsektor, am Gewerbesektor und einigen mehr.



Es hat manchmal den Anschein, als wollen Parteien und deren Organisationen die derzeitige Regierung auflaufen lassen. Diese kann auch nicht einen Hebel umlegen, und auf einmal ist alles besser. Den Verwaltungsapparat mit all den Verflechtungen plötzlich umzukrempeln geht kaum, aber stückweise schon.

Horst Weger,
per E-Mail

Zum Artikel von Karl Leban, 18. Jänner

Die AUA zieht sich aus Bundesländern zurück

Die Ideen der Verantwortlichen der AUA, die Niederlassungen in den Bundesländern zu schließen, ist mehr als kurz gedacht. Hunderte Mitarbeiter würden dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren und wenn man in den Bundesländern nicht mehr mit der AUA abfliegen oder ankommen kann, dann muss man auch eigentlich nicht mit ihr fliegen!

Das ist so das selbsterhellende Denken der deutschen Eigentümer: „Was nichts bringt, das stoßen wir ab!“ Ich bin der Meinung, dann soll sich diese Fluglinie auch nicht mehr AUA („Austrian



Airlines“) nennen dürfen. Es war bisher immer das erste Heimatgefühl, in eine AUA-Maschine im Ausland einzusteigen, das Lächeln der Crew an der Gangway, der Donauwalzer begrüßte die Fluggäste und guter, österreichischer Kaffee erfreute den Gaumen. Die Chefs der Lufthansa sollten sich das gut überlegen: Wenn sie nicht zurückrudern, können wir auch mit anderen Linien fliegen, leider nicht so heimlich wie mit „unserer AUA“!

Franz Schramböck,
4030 Linz

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen von den Verfassern Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.